

Experten sollen Deponien für schwach strahlenden Schrott finden

KIEL „Das Schlimmste wäre, gar nichts zu tun“, ist Noch-Umweltminister Robert Habeck fest überzeugt. Denn dann würden die alten, vom Netz genommenen Atomreaktoren in Schleswig-Holstein vor sich hinrotten und zu einem noch größeren Risiko werden als sie es heute schon sind. Deshalb drückt der Grüne – kurz vor seinem Abschied aus der Landespolitik – aufs Tempo und legte gestern einen Bericht vor, wie sogenannter freigemessener Schrott aus den Reaktoren im Brunsbüttel und Krümmel auf Deponien entsorgt werden kann.

Demnach werden in Kürze sieben in Frage kommende Deponien in Schleswig-Holstein von externen Sachverständigen genau unter die Lupe genommen, um Kapazitäten und Besonderheiten zu erkunden. Das Ergebnis soll Ende des Jahres vorliegen. Die Standortentscheidung wird sechs bis neun Monate danach fallen.

Insgesamt geht es in den nächsten zehn bis 15 Jahren um rund 50 000 Kubikmeter nicht wiederverwertbaren Materials, von dem keine gefährliche Strahlung ausgeht. Mineralwolle gehört dazu, Isolierungen, asbesthaltige Dachverkleidungen, Straßenaufbruch und Bauschutt. Im Fall des Atomkraftwerks Brunsbüttel, dessen Rückbau zuerst



Wohin damit? Metallschrott im AKW Brunsbüttel. FOTO: DPA

genehmigt werden soll, betrifft das schätzungsweise 9000 von insgesamt 300 000 Tonnen Material, das beim Abriss anfallen wird.

Die freigemessenen Stoffe dürfen eine maximale Reststrahlung von zehn Mikrosievert im Jahr aufweisen. Die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland beträgt im Schnitt 2100 Mikrosievert. Dennoch akzeptiert der BUND das Zehn-Mikrosievert-Konzept nicht. „Wir lehnen die Freigabe von radioaktiven Stoffen aus den Atomanlagen ab, auch wenn diese nur sehr schwach strahlen“, sagte Landesgeschäftsführer Ole Eggers. Der Strahlenschutz von Bevölkerung und Umwelt gehe vor.

Auch die Bürgerinitiativen, die sich im Umfeld der sieben Deponien gegründet haben, kündigen Widerstand an. „Das Votum des Deutschen Ärztetages, der eindringlich vor möglichen Gesundheitsrisiken bei

einer Deponierung warnt, scheint Habeck zu ignorieren“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Protestler. Das Ministerium wende „Marketingtricks an, um der Öffentlichkeit ein längst gescheitertes Projekt als neu und sicher zu verkaufen“.

Es gebe emotionale Anspannung, Sorgen und Ängste, räumte Habeck ein. Der ursprünglich angestrebte Dialogprozess sei gescheitert, weil es nur noch Beschimpfungen und Verletzungen gegeben habe. Vom Tisch sind offenbar mehrere Optionen wie ein sicherer Einschluss der Kraftwerke und die Errichtung eines besonderen Endlagers für „freigemessene“ Stoffe.

Vattenfall-Vertreter Christian Seyfert ist zuversichtlich, dass der Abriss der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel genehmigt wird. Der Betreiber wolle sie komplett „bis zur grünen Wiese zurückbauen“.

Habeck hofft jetzt, „dass ein großer politischer Konflikt vielleicht doch noch befriedet werden kann.“ Die Zeit dränge auch, da mit Brokdorf bis Ende 2021 das letzte AKW im Land vom Netz gehe. Krümmel und Brunsbüttel sind schon seit elf Jahren abgeschaltet. Die Genehmigung für den Abriss des AKW Brunsbüttel wird noch in diesem Jahr erwartet. *kim*